

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

31.07.2023

Inhalt

EWN

1 Kein schöner Land <i>DER SPIEGEL, 29.07.2023</i>	3
2 Strandkörbe oder LNG? <i>DER SPIEGEL, 29.07.2023</i>	8
3 Ende Gelände <i>Süddeutsche Zeitung, 29.07.2023</i>	10

DER SPIEGEL | 29.07.2023 | S. 24

Auflage: 707.924 | Reichweite: 4.561.000

Marius Mestermann, Franziska Schindler, Gerald Traufetter, Jean-Pierre Ziegler

PROTESTE

Kein schöner Land

Die Bundesregierung will mit einem LNG-Terminal auf Rügen die Gasversorgung sichern – und hat viele Inselbewohner gegen sich. Es geht um die Schönheit der Natur, um den Tourismus und nicht zuletzt um die Frage, wie das Deutschland der Zukunft aussieht.

Nach wenigen Metern auf der Strandpromenade von Binz ist klar, dass es gewittern wird. Aus dem Nordwesten ziehen dunkle Wolken auf, der Wind treibt sie auf die Bucht zu. »Da hinten über Mukran sind schon die ersten Blitze zu sehen«, sagt Kai Gardeja. Wer ohne Regenschutz nach Rügen kommt, kennt die Ostseeküste nicht. Gardeja hat selbstverständlich einen Schirm dabei.

Er kann, ohne zu überlegen, all das aufzählen, was Binz auf Rügen so schön macht. Die Nähe zu den Kreidefelsen, das historische Jagdschloss Granitz, die weiße Bäderarchitektur an der Promenade, der feine Sand. Er hat es ja schon so oft erzählt, Gardeja, 47, ist der Tourismusdirektor der Binzer Bucht.

Wenn der Mann mit der hohen Stirn und den windzerzausten Haaren in diesen Wochen Besuchern seine Insel zeigt, kommt er allerdings nur noch selten ins Schwärmen, dann steht sein Ärger im Vordergrund.

In Mukran, dort, wo die dunklen Wolken sich immer weiter aufbauen, will die Bundesregierung einen Terminal platzieren, an dem gewaltige Tankschiffe verflüssigtes Erdgas (LNG) anlanden sollen. Sie will damit die Erdgasversorgung in Deutschland und in Europa sichern, es ist ein Mammutprojekt.

Kanzler Olaf Scholz (SPD) und sein Vize, Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), waren schon hier, um das Projekt zu verteidigen, überzeugt hätten sie nur wenige, glaubt Gardeja. »Die Menschen verstehen nicht, dass diese Postkartenidylle für fossile Energie geopfert werden soll«, sagt der Tourismusmanager. Die Heimat, das Zuhause, werde »in einer undemokratischen Art und Weise zerstört«.

Es geht in diesem Konflikt also nicht nur um die Natur, um die Schönheit der Insel, um den Tourismus, nicht

nur um die Frage, wie viel Veränderung den Menschen in Zeiten der Krise und der Transformation zuzumuten ist, wie viel ein jeder akzeptieren muss. Es geht, so sieht es zumindest Gardeja, um nicht weniger als die Demokratie. Die Macht der Bürgerinnen und Bürger, sich gegen das Vorhaben zu wehren, sieht er beschränkt.

Gardeja ist auf Rügen eines der prominentesten Gesichter des Protests gegen den LNG-Terminal. 95.000 Unterschriften gegen den Bau hat er mit der Bürgerbewegung vor Ort bereits gesammelt, eine stolze Zahl bei nur knapp 65.000 Inselbewohnern. Im Mai ist er nach Berlin gereist, um im Petitionsausschuss vorzusprechen, Anfang Juli dann im Ausschuss für Klima und Energie. Gebracht hat es nichts. Einige Tage später stimmten die Abgeordneten für die Aufnahme des Hafens von Mukran in das LNG-Beschleunigungsgesetz. So bereiteten sie den Weg für die riesigen Schiffe.

Die kommenden Wochen werden nun entscheidend sein, dann müssen die Behörden in Mecklenburg-Vorpommern dem Bau zustimmen. Die Gemeinde Binz wolle bis zum Äußersten gehen, um ihre Bucht zu verteidigen, verspricht Gardeja. Türkisfarbene Kreuze, die überall auf der Insel stehen, sind die Symbole des Protests.

Rügen, die größte deutsche Insel mit ihrer 574 Kilometer langen Küste, zieht seit Jahrhunderten Künstler und Intellektuelle in ihren Bann. Auf Rügen komponierte Johannes Brahms Teile seiner 1. Sinfonie, Caspar David Friedrich malte die Kreidefelsen, und Theodor Fontane ließ seine traurige Romanfigur Effi Briest durch die Buchenwälder wandeln. Kann man an diesem Schauplatz der deutschen Romantik zehn Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr aus Tankschiffen pumpen? Kann dieser Sehnsuchtsort zu einem Umschlag-

platz für Flüssigerdgas werden – und irgendwann einmal zu einem Zentrum für erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff, der dort aus dem Strom der Windparks vor der Küste produziert werden soll? Taugt Rügen als Symbol für das Versprechen des Kanzlers und seiner Regierung, ein neues, grünes Wirtschaftswunder im Land zu entfachen?

Die Ampel hat es eilig mit dem Projekt, nachzulesen ist es in einem Brief, den der Bundeswirtschaftsminister an seinen Amtskollegen in Mecklenburg-Vorpommern geschrieben hat. Schon zu Winterbeginn sollen zwei Regasifizierungsschiffe im Hafen Mukran festmachen. Von dort soll das Gas über eine 50 Kilometer lange Pipeline ins Netz gelangen. Dafür muss der Hafen ausgebaut, die Fahrrinne vertieft werden. Und schließlich muss eine neue Erdgasleitung quer durch den Greifswalder Bodden verlegt werden, vor der Küste Rügens.

Die Eile ist nicht nur politisch begründet. Im Flachwasser des Greifswalder Boddens legt der Hering seine Eier ab, die Schonzeit beginnt Anfang des Jahres. Bis dahin soll das Projekt nach Meinung des verantwortlichen Ministers fertig sein, sonst müsste man viele Monate warten. »Sehr angespannt« sei der Zeitplan, mahnt Robert Habeck in seinem Brief.

In Berlin, Schwerin und auf Rügen fällt für so manchen in diesem Jahr die Sommerpause aus, für die verantwortlichen Politiker in Bund und Land, für die Arbeiter, aber auch für diejenigen, die weiter auf die Kraft des Protests setzen.

Berlin

Philipp Steinberg leitet im Wirtschaftsministerium eine Abteilung, die im vergangenen Jahr geschaffen wurde. Sie kümmert sich um Energiesicherheit in Deutschland und ist verantwortlich für die Umsetzung des LNG-Terminals auf Rügen.

Steinberg ist überzeugt, dass es den Terminal braucht, um das Gas zu ersetzen, das bis vor dem Angriffskrieg aus Russland gekommen ist. Auch wenn die Gaslage im Land zurzeit erstaunlich gut aussieht: Die Versorgung von Industrie und Haushalten klappt, die Speicher für den kommenden Winter füllen sich. Dennoch warnt Steinberg: »Das Gasnetz in Deutschland muss sicherer werden.« Der Fokus liege bei allen Diskussionen immer sehr stark auf dem Stromnetz, aber auch das Gasnetz müsse man im Blick haben. »Das hat uns das letzte Jahr gezeigt.«

Wie schnell das System gestört werden kann, machten die Explosionen an den Nord-Stream-Gaspipelines im vergangenen September deutlich: Mit einem solchen Anschlag kann eine komplette Versorgungsader aus-

fallen. Was also, wenn auch die Leitungen aus Norwegen angegriffen werden? Niemand in Steinbergs Abteilung macht sich Illusionen, dass Tausende Röhrenkilometer hundertprozentig überwacht werden können.

Auch technische Störungen könnten die Gasversorgung gefährden – oder der Fortlauf des Krieges: Russland schickt bislang trotz des Aus von Nord Stream weiter Gas über die Ukraine nach Europa. Länder wie Österreich und Ungarn werden so noch immer maßgeblich mit Gas versorgt. Mit einem Stopp könnte Russlands Präsident Wladimir Putin eine erneute Energiekrise in Europa auslösen.

Ein plötzlicher Gasmangel in Deutschland wäre eine Katastrophe, der Terminal Rügen ist aus Sicht der Bundesregierung alternativlos. Mukran, so formuliert es ein Kabinettsmitglied, sei so etwas wie die politische Lebensversicherung von Scholz und Habeck.

Schwerin

Till Backhaus (SPD), Landesumweltminister von Mecklenburg-Vorpommern, findet sehr deutliche Worte, wenn es um den geplanten Terminal in seinem Bundesland geht. Wenn das Verfahren zur Änderung des LNG-Beschleunigungsgesetzes nicht transparent ablaufe, warnte er in einer Rede im Bundesrat im Juli, dann werde das Vorhaben untersagt. Er forderte auch, der Bund müsse »endlich plausibel darlegen«, dass der Bedarf für den Terminal gegeben sei. Das Klagerisiko, warnte der Sozialdemokrat, sei »immens«.

Es war eine unmissverständliche Drohung, auch an den Parteifreund im Kanzleramt.

Rechtlich hat Mecklenburg-Vorpommern in der Angelegenheit wenig zu sagen, das LNG-Beschleunigungsgesetz ist Sache des Bundes. Doch für das Genehmigungsverfahren der Anlage sind die örtlichen Behörden zuständig, außerdem ist das Land Anteilseigner am Hafen Mukran.

In der Landesregierung blickt man kritisch auf das Projekt, mit Berlin pflegt man einen regen Briefwechsel in der Sache. Die mittlerweile fünf Schreiben offenbaren eine zunehmende Zerrüttung. Da ist von »Irritation« die Rede, von »intensiven Diskussionen«, Ende Juni bittet der Bundeswirtschaftsminister darum, die Landesregierung möge den »weiteren Genehmigungsprozess konstruktiv« begleiten. Carsten Schneider (SPD), der Ostbeauftragte der Bundesregierung, wurde eingeschaltet, er soll zwischen den streitenden Parteien vermitteln.

Einmütig allerdings ist auch die Haltung der Landesministerien nicht. Während Backhaus, der Um-

weltminister, bis heute bezweifelt, dass der Terminal auf Rügen wirklich nötig sei, findet Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD), Habeck habe den Bedarf für den Terminal überzeugend erklärt. Irgendwo zwischen diesen Positionen steht Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD).

Als im vergangenen Jahr die ersten LNG-Standorte in Brunsbüttel, Stade und Wilhelmshaven bekannt wurden, hatte sich Schwesig noch als Verfechterin des Flüssigerdgases gezeigt. Nicht nur in Westdeutschland dürften die Terminals entstehen, sagte sie und warb für die Standorte Rostock und Lubmin. Schließlich bringt ein solches Vorhaben Geld und Arbeitsplätze in die Region, und die Aussicht auf die Zukunftsoption Wasserstoff klingt auch gut. Als die Proteste gegen die Pläne auf Rügen aber immer größer wurden, folgte eine Kehrtwende: Das Projekt passe »nicht zum Land, zum Tourismus, zur Natur und zu den Menschen«, sagte Schwesig nun plötzlich.

Ende Mai legte das Bundesland einen Forderungskatalog auf den Tisch. Im Mittelpunkt stand eine finanzielle Forderung: eine Milliarde Euro vom Bund, um die erhitzten Gemüter auf der Insel zu beruhigen, um mögliche Umweltschäden abzufedern etwa im Laichbereich des Herings, um Radwege und Strandsanierungen zu finanzieren. Auch die Bahnstrecke zwischen Berlin und Sassnitz, die sogenannte Vorpommern-Magistrale, sollte saniert werden.

Am Ende bot der Bund aus Sicht der Landesregierung zu wenig. Habeck offerierte zwar 500 Millionen Euro für die Bahnstrecke. Doch in Sachen Wasserstoff sei alles vage geblieben, heißt es aus Schwerin, man sei lediglich auf Fördertöpfe verwiesen worden. Im Bundesrat scheiterte Mecklenburg-Vorpommern mit einem Änderungsantrag für das LNG-Gesetz.

Binz

Marie Weise ist zu einem Bauernhof einige Kilometer westlich von Binz gekommen, um den Rosen wachsen. Der Aktionsrat der Bürgerinitiativen trifft sich hier. Zwei Wochen ist es her, seit der Bundestag den Hafen von Mukran ins LNG-Beschleunigungsgesetz aufgenommen und die Mehrheit im Bundesrat zugestimmt hat. Ein paar Tage hätten sie nach der Abstimmung gebraucht, um sich zu sammeln, sagt die Unternehmerin. Jetzt ist die Kampfeslust wieder da. »Ich verteile morgen Plakate in den Vorgärten. Wer kommt mit?« Ein paar von den türkisfarbenen Holzkreuzen solle sie noch mitnehmen, ruft eine andere Aktivistin.

Sie sind zum Symbol des Protests geworden, angelehnt an die gelben Kreuze der Anti-Atomkraft-Bewegung, mehr als 100 haben die Rügener in den ver-

gangenen Wochen gebastelt. Auch Andrea Kähler ist zum Bauernhof gekommen, die Vorsitzende der Bürgervereinigung Zukunft Sellin. Sie kümmert sich um einen anderen Weg des Widerstands: Das für die Genehmigung des LNG-Terminals zuständige Bergamt Stralsund soll reichlich Post bekommen.

Noch bis zum 14. August können Einwendungen gegen den Bau des zweiten Leitungsabschnitts geltend gemacht werden, so sieht es das Genehmigungsverfahren vor. »Da muss dann sehr viel geprüft werden, diese große Aufgabe wollen wir der Behörde zumuten«, sagt Kähler. Gegen den Bau des ersten Leitungsabschnitts, der von Kilometerpunkt 26 in der Ostsee bis nach Lubmin reicht, habe das Bergamt mehr als 1200 Einwendungen von der Insel bekommen.

Der Widerstand verlagert sich zunehmend von der Straße in den Gerichtssaal. Die Gemeinde Binz holte sich einen PR-Berater aus Berlin, gab Umfragen in Auftrag, engagierte Anwälte. Jeden einzelnen Projektschritt will die Kommune anfechten: die Genehmigung der Fahrrinnenvertiefung, Genehmigungen rund um die Pipeline – sogar in das Verfahren zum Umbau des Hafens wird man sich juristisch einbringen.

Dabei geht es nicht nur um die Sache, sondern auch um Zeit. Die Hoffnung der Gegner: Ihr Protest verzögert das Verfahren so lange, bis die Laichzeit der Heringe beginnt – sodass die Pipeline dann monatelang nicht gebaut werden kann.

Eine erste Entscheidung hat das Bergamt, das dem Landwirtschaftsministerium in Schwerin unterstellt ist, bereits getroffen. Die Bauvorbereitungen wurden genehmigt, die Behörde sah keine rechtlichen Hindernisse. Ein erster Etappensieg für die Bundesregierung.

Dennoch haben Gegner des Terminals um den Bürgermeister von Binz in den vergangenen Wochen die Kampagne ausgeweitet und die Betreiberfirma ins Visier genommen. Dem noch jungen Energieunternehmen Deutsche Regas unterstellen sie undurchsichtige Geschäfte (siehe Kasten), Ausgang offen.

Die Aktivisten im Bauernhof haben sich mit Wissenschaftlern, Verbänden und Vertreterinnen der Klimabewegung vernetzt, die ebenfalls auf Rügen protestieren. Und so kämpfen plötzlich Menschen gemeinsam für eine Sache, die vorher nicht unbedingt miteinander kooperiert hätten. Yvonne Arndt gehört dazu, die zusammen mit ihrem Ehemann eine gut besuchte Konditorei auf der Binzer Flaniermeile leitet.

In der Vitrine stehen Torten in allen Formen und Farben. Jetzt, da die Sommerferien begonnen haben, ist Hochsaison. Hunderte Kuchenstücke gehen hier je-

den Tag über die Theke. Eigentlich sollten es sogar noch mehr sein, sagt Arndt. Gerade an Tagen wie heute, wo graue Wolken über der Ostsee hängen und der Wind kräftig bläst.

Aber die Tische mit den rosa Topfblumen sind nur zur Hälfte belegt. »Die Leute halten ihr Geld zusammen«, sagt Arndt, »das merken wir hier alle.« Die astronomische Miete müsse sie trotzdem zahlen und die sieben Angestellten mit dem Verdienst aus dem Sommer über das ganze Jahr bringen.

Sollten auch in Zukunft weniger Touristen kommen, etwa weil das Meer nach den Bauarbeiten Schlick an den feinen Binzer Sandstrand spült, könnte das die Existenz der Konditorei bedrohen. »Hier wird alles aufs Spiel gesetzt, was wir uns erarbeitet haben«, sagt Arndt. »So was hätten wir uns nie träumen lassen.« Rügen habe ja nur den Tourismus, sagt die Geschäftsinhaberin, sonst nichts.

Sassnitz

Es ist nicht so, dass alle auf der Insel Gegner des LNG-Terminals wären. Stefan Grunau zum Beispiel gehört zu den Befürwortern. Er sitzt im Aufsichtsrat des Fährhafens Sassnitz, einer Stadt, die wenig mit dem maleisen Ambiente von Binz zu tun hat. Graue Zweckbauten und Verladekräne prägen das Bild an der Ortsgrenze, das Areal in Mukran wurde kurz vor dem Zusammenbruch der DDR angelegt. Den Hafen betreten Touristen vor allem, wenn sie mit der Fähre etwa zur dänischen Insel Bornholm reisen.

Grunau sitzt auch als gewählter Vertreter in der Stadtvertretung von Sassnitz. Am Rande einer Sitzung im Rathaus Ende Juni beschreibt er die geplanten Terminals als »zukunftsfähiges Projekt für Sassnitz«. Die anliegende Infrastruktur sei »langfristig oder mittelfristig« die ideale Voraussetzung, »um in die Wasserstoffwirtschaft einzusteigen«.

Wenn das fossile Zeitalter erst einmal vorbei ist, könnte in Sassnitz statt Erdgas tatsächlich grüner Wasserstoff fließen. Für die Kleinstadt wäre es ein Jahrhundertprojekt. Sie ist Hauptgesellschafterin des Mukran Port mit einem Anteil von 90 Prozent, den Rest hält das Land Mecklenburg-Vorpommern.

Der LNG-Deal ist für die Stadtvertreter daher vor allem aus finanzieller Sicht interessant: Im laufenden Haushaltsplan steht ein Minus von fast 7,5 Millionen Euro. Bürgerinnen und Bürger klagen, dass das Geld für die Instandhaltung ihrer Infrastruktur fehle, es schwelt ein Konflikt mit dem Landkreis über die finanzielle Schieflage. Die Stadtvertreter tun sich schwer damit, sich in Sachen Terminal zu positionieren. Sie sehen beide Argumente, die der Gegner und die der Befürworter. Und

ZURÜCK ZUM INHALT

wissen zugleich, dass sie in diesem Konflikt am Ende sowieso wenig zu sagen haben.

Denn das geänderte LNG-Beschleunigungsgesetz hat dem Kanzler und seinem Vize ein machtvoll Instrument in die Hand gegeben. Die Klagen der Bürger haben keine aufschiebende Wirkung. Es kann gebaut werden, auch wenn die Gerichte noch tagen.

Für die Bundesregierung ist der LNG-Terminal auf Rügen Symbol und Schicksalsfrage zugleich. Es könnte der Beginn sein, um Deutschlands verkorkte Energiepolitik der vergangenen Jahrzehnte zu heilen und das Land zum Gewinner des grünen Aufbruchs werden zu lassen. Doch der Preis könnten ein weiterer Vertrauensverlust von Bürgerinnen und Bürgern sein und eine Inselgemeinschaft, die um ihre Existenz bangt.

Wirtschaftsminister Habeck ist aber klar: Auch wenn sich der Kanzler in der Sache ungewöhnlich klar positioniert, wird Wohl oder Wehe des Terminals politisch auf sein Konto gehen. Gewinnen die Protestierenden, und sei es nur, dass sie den Bau um viele Monate verzögern, wird es Habeck als politisches Versagen zur Last gelegt.

Zumindest auf Rügen ist Habecks Name schon jetzt verbrannt. Ein paar Kilometer von Binz die Küste hinab, im Dörfchen Göhren, hat sich Vanessa Wellbrock im März einen Traum erfüllt und das Café Habeck's übernommen. Die Vorgänger waren Namensvettern des Vizekanzlers. Von den LNG-Plänen des Wirtschaftsministers wusste sie nichts, als sie im vorigen Herbst mit den Vorpächtern die Übergabe vereinbarte

Auch Wellbrock ist gegen den neuen Terminal und fürchtet um den Tourismus auf der Insel. Ihr Café wird sie bald umbenennen. Nicht nur, aber auch wegen Habeck: »Wir wollen nicht wie der LNG-Minister heißen.« Viele Gäste wissen das schon – kommen extra deswegen in ihr Café oder spenden für neue Schilder und Speisekarten. Wellbrock hat auch schon einen Namen: »kostBar« soll ihr Lokal künftig heißen.

Recherche auf Rügen

In den Sommerferien machen Tausende Touristen Urlaub auf Rügen. Zwei Kollegen und eine Mitarbeiterin des SPIEGEL führen in den vergangenen Wochen dagegen zum Arbeiten auf die Insel. Sie trafen überzeugte Gegner, aber auch Befürworter des geplanten LNG-Terminals – und sprachen mit ihnen über ihre Motive. In einem Fall dauerten die Gespräche so lange, dass das Hotel bereits geschlossen war. Darum musste die Kollegin bei den Protestlern im Bauernhof ihr Nachtquartier beziehen.

Gefährdetes Urlaubsparadies?

Geplanter LNG-Terminal bei Mukran auf Rügen und die mögliche Pipelinetrasse zum Festland



5 • Quellen: Gascade; Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern; Karte: OpenStreetMap

DER SPIEGEL | 29.07.2023 | S. 27

Auflage: 707.924 | Reichweite: 4.561.000

Claus Hecking, Martin Hesse, Benedikt Müller-Arnold, Gerald Traufetter

ENERGIE

Strandkörbe oder LNG?

Die Gemeinde Binz und die Firma Regas liefern sich eine öffentliche Schlammschlacht um den Bau des umstrittenen Gasterminals.

Für Spitzenpolitiker kamen Stephan Knabe und Ingo Wagner wie gerufen. Inmitten der Energiekrise traten der Steuerberater und der Immobilienunternehmer an, um Flüssigerdgas (LNG) nach Ostdeutschland zu bringen, als Ersatz für Pipelinegas aus Russland. Und das ganz ohne Steuergeld privat finanziert. Seit Januar betreibt ihre Firma Deutsche Regas einen schwimmenden LNG-Terminal in Lubmin bei Greifswald. Bald soll er nach Rügen umziehen, wo das Wasser tief genug ist für große Tanker.

Karsten Schneider, Bürgermeister der 6000-Seelen-Gemeinde Binz, sieht in dem Plan vor allem eine Gefahr für Tourismus und Umwelt. Und wehrt sich mit allen Mitteln. Mithilfe der Kanzlei Geulen & Klinger, die in anderen Prozessen die Deutsche Umwelthilfe vertrat, erhebt Binz schwere Vorwürfe gegen Regas.

Einfallstor der Kritiker ist, dass Regas-Gründer Wagner vor Jahren Kapital von einem eigenen Fonds auf den Kaimaninseln nach Deutschland transferiert haben soll. Die EU stuft die Inselgruppe als Geldwäsche-Risikoland ein. Geulen hat seine Erkenntnisse der FIU gemeldet, der deutschen Anti-Geldwäsche-Behörde.

Zudem zweifelt Binz die Aussage der Regas an, man sei »vollständig durch Eigenkapital finanziert«. Die Insulaner fanden im Handelsregister Investoren, die Anteile der Firma kauften, doch sie suchten weithin vergebens nach Aufgeldern, die Kapitalgeber über den Nennwert der Aktien hinaus gezahlt hätten. Dabei hatte Regas mit solchen Zuzahlungen erklärt, wie man 100 Millionen Euro für den Lubminer Terminal eingeworben habe. Die Binzer kamen nur auf 900.000 Euro.

Dass Regas vor gut einer Woche in einer außerordentlichen Hauptversammlung den Weg für weitere Kapitalerhöhungen freigemacht hat, deuten die Insulaner als Beweis, dass die Firma nicht genug Geld beisammen habe.

Regas weist die Vorwürfe zurück, spricht von einer »Desinformationskampagne«. Mit Ausnahme einer Gründungseinlage von 25.000 Euro im Jahr 2019 sei kein Geld von den Kaimaninseln in die deutschen Gesellschaften geflossen. Die Angaben werden durch Dokumente der Hausbanken der Regas und des Cayman-Fonds bestätigt, die dem SPIEGEL vorliegen.

Dass die Zeichnungsscheine der Aktionäre keine Aufgelder enthalten, liege in der Natur der Sache: Die Zuzahlungen würden in separaten Verträgen vereinbart, die das Register nicht erfasse. Regas beziffert alle Aufgelder auf 93 Millionen Euro. Man könne die Geldeingänge »gerne zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stellen«, schreibt ein Firmensprecher. Doch da diese dem Bankgeheimnis unterlägen, brauche man das Einverständnis der Gesellschafter. »Dies war in der Eile nicht möglich.«

Bleiben die Kapitalerhöhungen, die Regas jüngst beschlossen hat. Sie trügen nicht zur Finanzierung in Lubmin bei, so der Sprecher, sondern seien für das Projekt auf Rügen sowie für eine Anlage zur Herstellung von Wasserstoff gedacht.

Behörden und Partner hätten Regas umfassend geprüft, etwa Total Energies. Der französische Konzern hat das Regasifizierungsschiff vor Lubmin bereitgestellt und ist Großkunde des Terminals. Zuvor habe man Regas einer »Due Diligence« unterzogen, also einer Prüfung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, erklärt Total Energies auf Anfrage. Erstklassige Reedereien hätten den Terminal geprüft. Auch aus dem Bundeswirtschaftsministerium heißt es, man habe damals eine »Know your Customer«-Prüfung der Regas beauftragt, die habe keine Ungereimtheiten ergeben.

Knabe und Wagner haben nun die Kanzlei Hengeler Mueller beauftragt, Eigner und Finanzierung der Regas

zu prüfen. In etwa zwei Wochen soll das Ergebnis vorliegen. Bürgermeister Schneider hat Zweifel: Dass genau jene Anwälte, die Regas schon zur Finanzierung

beraten haben, jetzt unabhängig untersuchen sollen, habe »geradezu satirischen Charakter«.

Ende Gelände

Ein Besuch in Gundremmingen, wo RWE das Atomkraftwerk in seine Einzelteile zerlegt

Rechts das schwere rote Tor, durch das sie das Abbaumaterial aus den Blöcken B und C herbeischaffen. Vorne ein Arbeiter, Schutzkleidung, Gasmasken, der kontaminiertes Metall in Phosphorsäure taucht. Dahinter die Treppe, vorbei an schweren Maschinen, noch eine Stahltreppe, hinauf auf die Empore. Und plötzlich weitet sich der Blick: eine große Halle, Arbeiter mit Helmen und orangefarbenen Overalls wischen und saugen, zerkleinern und transportieren. „Hier kommt nichts raus, was nicht kontrolliert wurde“, sagt Heiko Ringel, Leiter der Rückbauanlage im ehemaligen Kernkraftwerk Gundremmingen. „Egal ob Mensch oder Maschine.“

Die Menschen müssen durch drei Schleusen, in denen sie auf Radioaktivität untersucht werden, sie müssen die gelbe Feinrippunterwäsche wieder ausziehen und die beiden Dosimeter abgeben, die messen, ob sie Strahlung abbekommen haben. Die Maschinen trifft es deutlich härter. Sie werden gewischt und abgesaugt, mit Hochdruck dekontaminiert oder mit Ultraschall, gebeizt, gebürstet, geschleift oder bestrahlt. Zuvor aber müssen sie zersägt, geschreddert und zerkleinert werden, bis auf die Größe einer dieser Kisten, die hier überall rumstehen, 80 mal 120 Zentimeter – sonst passen sie nicht in die Freimesanlage, die prüft, ob wirklich nichts mehr kontaminiert ist.

Ein Atomkraftwerk, reduziert auf die Größe von Europaletten.

Bis Ende der Dreißigerjahre plant RWE sein früheres Kernkraftwerk Gundremmingen abzubauen. Isar 1 und Grafenrheinfeld befinden sich schon länger im Rückbau, Isar 2 ist erst vor kurzem als letztes bayerisches Kernkraftwerk vom Netz gegangen. Block B in Gundremmingen ist seit Ende 2017 abgeschaltet, Block C seit Ende 2021. Rückbau bis zur grünen Wiese lautet jetzt der Auftrag, wobei das mit der Wiese vor allem verdeutlichen soll, dass keine Radioaktivität zurückbleibt. Noch ist nicht entschieden, ob die eine oder andere Halle stehen bleibt und eine Nachnutzung findet. 1,8 Millionen Tonnen Rückbaumasse fallen in Gundremmingen an, das meiste davon ist

nie mit Radioaktivität in Berührung gekommen. Etwa fünf Prozent der Anlage jedoch sind radioaktiver Abfall oder müssen womöglich dekontaminiert werden, bevor sie als Wertstoffe weiterverwendet oder entsorgt werden.

Zum Beispiel die Metallteile, die ein Arbeiter gerade in den Schlund einer dieser Höllenmaschinen kippt, deren Lärm nur mit Ohrschutz zu ertragen ist. Das Metall schimmert dunkel, hat Kratzer vom langen Gebrauch. In der Maschine wird es mit Stahlkies bestrahlt, so wird die kontaminierte Oberfläche abgetragen. Hinten raus rüttelt die Maschine das dekontaminierte Material hell glänzend wieder in die Kisten, die dann zur Freimesung können.

„Integrierter Rückbauprozess“ nennt RWE sein Verfahren, das es an zahlreichen Standorten entwickelt und erprobt hat und nun auch in Gundremmingen anwendet. Viele Prinzipien sind übernommen aus der Fertigungsindustrie, RWE hat sich beraten lassen von Fachleuten aus der Automobilindustrie. Die Arbeiten sollen laufen wie am Fließband. Den Ingenieuren, die vorher das Kernkraftwerk betrieben haben, blutet ein wenig das Herz. Sie müssen jetzt abreißen, was sie jahrelang gepflegt haben. Anlagenleiter Heiko Ringel erzählt, dass er die Dampfsäule aus den Kühltürmen bei passendem Wetter sogar vom Nebelhorn aus gesehen hat, also weit bis runter ins Allgäu. Für die einen in Schwaben war das ein Stück Heimat, etwa wenn sie aus dem Urlaub zurückkamen. Den anderen hat es Angst gemacht.

Den Dampf gibt es nicht mehr, in die Kühltürme sind unten schon große Löcher gerissen. Aber auch so ein Rückbau ist noch ein Riesengeschäft, allein die Wertschöpfung in der Region: 14,2 Millionen Euro Umsatz hat das Rückbauwerk Firmen aus der Umgebung im Jahr 2022 gebracht. Die Verfahren im sogenannten Technologiezentrum, das im bereits in den Achtzigerjahren nach einem wirtschaftlichen Totalschaden stillgelegten Block A des Kernkraftwerks eingerichtet wurde, sind auf Effizienz und Sicherheit getrimmt. Anlagenleiter Ringel sagt: „Qualitätswesen und Dokumen-

tation bedürfen mehr Zeit als die Zerlegung und Reinigung der Teile.“ Schließlich sollen die Menschen in 500 Jahren noch nachvollziehen können, wo der radioaktive Abfall herkommt, der nach jetzigem Stand von 2029 an in Schacht Konrad in Salzgitter, Endlager für schwach- bis mittelradioaktiven Abfall, verstaut wird. Bis dahin fertigen sie in Gundremmingen die gelben 200-Liter-Fässer ab und bringen sie ins Zwischenlager nach Mitterteich. Wo etwa mit Stahlkies die Oberfläche von kontaminiertem Metall abgetragen wird, fallen Späne an. Sie werden gesammelt, gepresst und eingelagert. Die gelben Fässer werden 72 Stunden lang in speziellen Öfen getrocknet. Dass die Fässer wegen Feuchtigkeit zu korrodieren beginnen nach ein paar Jahrzehnten im Endlager, das kann niemand gebrauchen.

Aber natürlich kommen nicht nur Späne nach Salzgitter, sondern auch sogenanntes aktiviertes Material. Laut RWE sind das 0,6 Prozent der 1,8 Millionen Tonnen Rückbaumasse. Es wurde während des Betriebs von Gundremmingen so von Radioaktivität durchdrungen, dass sich die Struktur des Materials verändert hat. „Das kann man nicht mehr dekontaminieren“, sagt Ringel. „Das ist radioaktiver Abfall.“ Ähnlich wie das hochradioaktive Material, das in einem extra eingerichteten Zwischenlager auf dem Gelände steht, bis sich die Politik irgendwann einmal auf ein Endlager einigen kann. Seit September 2022 ist Block B frei von Brennelementen. In der Rückbauanlage haben sie das mit einem kleinen Fest gefeiert. Für Block C strebt RWE an, alle Brennelemente bis 2026 in Castoren ausgelagert zu haben.

Raus aus der Atomkraft, rein in die Atomkraft, RWE hat sich im Sommer 2022 mit Kommentaren zurückgehalten, als Ministerpräsident Markus Söder (CSU) und sein Vize Hubert Aiwanger (Freie Wähler) plötzlich Isar 2 weiterlaufen und Gundremmingen wieder hochfahren wollten. Wer hier den Abbau verfolgt, der erkennt: Zumindest für das Werk in Schwaben war das

reine Politshow, ohne Chance auf Umsetzung. Sie haben ja gleich angefangen zur Jahreswende mit dem Rückbau, bis heute haben Arbeiter 5400 Tonnen Material ausgebaut. Beton, Glas, Kunststoff. „Wertstoffe, die von der Industrie höchst nachgefragt werden“, sagt Ringel.

Die Kisten in der Größe von Europaletten, die mit einer roten Plane abgedeckt sind, führen womöglich kontaminiertes Material. Der Inhalt muss gesäubert werden. Die Kisten mit der grünen Plane sind sauber, sie dürfen in die Freimessanlage. Ein blauer, viereckiger Kasten ist das, innen ausgestattet mit 24 Detektoren. Kiste also rein und nach üblicherweise bis zu 60 Sekunden wieder raus. Hat das Material eine Strahlenbelastung von maximal zehn Mikrosievert pro Jahr für eine Einzelperson, ist es freigemessen. Eine Behörde prüft das nach. Liegt die Belastung drüber, muss das Material noch einmal zurück, weiter säubern.

Der Wert und die Einordnung sind RWE wichtig, deshalb haben die Angestellten etwas vorbereitet. Nach einer Kiste mit roten Stahlrohren – die sind sauber –, schieben sie eine Packung Dünger rein. Patentkali, aus dem Baumarkt. „Kein Fake“, versichern sie. Die Freimessanlage schlägt aus – keine Freimessung. Soll heißen, viele Gegenstände aus dem Alltag haben eine deutlich höhere Strahlenbelastung als alles, was aus dem früheren Kernkraftwerk rauskommt. Bei RWE finden sie, man muss die Relation beachten: Pro Jahr nehmen Menschen allein durch normale Nahrung etwa 300 Mikrosievert auf. Einmal Röntgen: 200 Mikrosievert.

Schön und gut, sagen jetzt die einen: Der radioaktive Abfall bleibt uns trotzdem. „Wir sind voll im Zeitplan“, sagt dagegen Anlagenleiter Heiko Ringel. Die grüne Wiese, zumindest in Gundremmingen, sie wird kommen.

Viele Alltagsgegenstände haben eine höhere Belastung als alles, was aus dem Kraftwerk kommt